

Chronik des Tages.

Das neugebildete Reichskabinett hielt am Dienstag seine erste Kabinettsitzung ab.

Die Vorlage über die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer kam im Preussischen Landtag zu Fall, da die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde.

Die Vorbereitende Abrüstungskommission des Völkerbundes behandelte heute die russischen Vorschläge.

In den oberen Tagen des Riesengebietes herrschte noch völliger Winter. Allerdings ist die Schneedecke meist verharzt, und auch die Schlittenbahnen, die immer noch bis Bräulenberg und oberhalb Schreiberhau hinabreichen, sind zum Teil sehr glatt.

Im Weidenfleher Bauernprozess beantragte der Staatsanwalt insgesamt 350 Monate Gefängnis.

Als Mörder der achtjährigen Rosa Dillger in Düsseldorf wurde ein 21-jähriger schwachsinziger Analphabe ermittelt.

In Kowno hat die Pferdebahn, wohl die Letzte in einer europäischen Hauptstadt, ihren Betrieb eingestellt.

Eine Lüge feiert Jubiläum

Vom Deutschen Reichskriegerbund „Kuffhäuser“ wird uns geschrieben:

Nachdem bereits zu Beginn des Februar von der Mehrzahl der 32 000 im „Kuffhäuserbund“ zusammengeschlossenen deutschen Kriegerveteranen Millionen ehemaliger Soldaten gegen die Verleumdung und Beschuldigung, daß das deutsche Volk den Krieg verursacht habe, in durchweg außerordentlich stark befeuchteten Kundgebungen protestiert worden ist, werden im Laufe dieser und der nächsten Wochen die Kriegerveterane im ganzen Reich die Kampf gegen die Kriegsschuld- und damit zugleich auch die Kriegsgreuelklagen fortsetzen und verstärken.

Die Millionenorganisation des Kuffhäuserbundes sieht in dem Kampf zur Beseitigung der Kriegsschuld- und zur Wiederherstellung der Ehre nicht nur unseres ganzen Volkes und der noch lebenden ehemaligen Kriegsteilnehmer, sondern auch vor allem des Andenkens an unsere gefallenen Helden eine der großen gemeinsamen vaterländischen Aufgaben, an deren Lösung zu helfen sie durchaus berufen ist.

Die Behauptung, daß Deutschland vorsätzlich und bewußt den Weltkrieg entfesselt habe, richtet sich gegen das ganze deutsche Volk, daher gibt es in dieser Frage keine sozialen Unterschiede, keine Gegenläufe des parteipolitischen und des Glaubensbekenntnisses, sondern nur eine einfache und selbstverständliche vaterländische Pflicht. Dies geht aus vielen Aussprüchen von führenden Männern aller Volksschichten hervor, die keine Gelegenheit vorübergehen lassen, sich gegen den verleumderischen Artikel 231 des Versailler Diktates, dessen Unterzeichnung am 28. Juni 1919 zum 10. Male jährig, auszusprechen. Wie die beiden Reichspräsidenten Ebert und von Hindenburg, so haben die verschiedensten Reichskabinettsmitglieder wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland die Schuld am Weltkriege nicht trage und daß es den Artikel 231 nicht anerkennen könne.

Aber auch Vertreter aller politischen Parteien haben sich öffentlich vom Artikel 231 losgesagt, so prägte der sozialdemokratische ehemalige preussische Staatsminister Dr. Südekum diese Worte: „Die Frage nach der Schuld am Weltkriege ist für Deutschland schlechthin die Lebensfrage. Auf die Behauptung der Alleinschuld Deutschlands baut sich das ganze System der Vergewaltigungen und Verflüchtungen unseres Volkes auf. Wer das deutsche Volk vor dem Untergang bewahren will, muß nach seinen Kräften daran mitarbeiten, daß die grauenvolle Lüge des Versailler Vertrages zerstört wird, damit die Schlussfolgerungen aus ihr entfallen. Das erfordert a) die Ehre der Nation. Kein Deutscher kann seinen Kindern in die Augen sehen, der seine Pflicht vernachlässigt.“

Der jetzige Reichsinnenminister Karl Severing erklärte erst kürzlich in einem Vorwort zu einer Broschüre „Die offene Wunde“: „Die geschichtliche Wahrheit läßt sich nicht durch die Artikel eines Friedensvertrages vergewaltigen.“ Der deutsche Nationalen Reichstagsabgeordnete Staatsminister Dr. Wallraf erklärte im Preussischen Landtag: „Wir wenden uns gegen den Frieden von Versailles, dessen Fundament die Behauptung von der Schuld Deutschlands am Kriege ist. Auf diesem Boden könnten wir zusammengehen und den Parteihader einmal ruhen lassen.“ Der Zentrumsabgeordnete Reichskanzler a. D. Dr. Marx sagte: „Wir müssen den Kampf gegen die Schuldfrage führen zur Wahrung der Ehre unseres Volkes, im Interesse der geschichtlichen Wahrheit und nicht zuletzt im Interesse der Verbrüderung der Völker, der das erzwungene Schuldbekenntnis hindernd im Wege steht.“ Auch der demokratische Reichstagsabgeordnete Reichsminister a. D. Dr. Dernburg hat einmal erklärt: „Solange es einen Artikel 231 gibt, wird man in Deutschland nicht zur Ruhe kommen.“ Der Führer der Deutschen Volkspartei, Reichsaussenminister Dr. Stresemann, führte in einer Rede in Hagen in Westfalen aus: „Wenn man aus klar erkennbaren Gründen in Frankreich immer wieder den Versuch macht, Deutschland allein die Schuld am Weltkriege aufzubürden, so weise ich diese Kriegsschuldfrage mit aller Entschiedenheit zurück.“

Die Kundgebungen des Kuffhäuserbundes lassen eine verstärkte und allgemeine Teilnahme auch der noch außerhalb ihrer engeren Kreise stehenden Bevölkerung erwarten. Mit Recht fühlen sich die ehemaligen Soldaten der großen Einigungskriege und des Weltkrieges berufen, in oft überlieferter Pflichten-

lung dazu beizutragen, daß in diesem Jubiläumsjahre von Versailles traurigem Andenken endlich die Volksgemeinschaft geschaffen wird, die allein den gewünschten Erfolg der für unsere Gegenwart wie Zukunft gleich wichtigen Aktion verbürgt.

Gegen die Abrüstungs-Sabotage

Graf Bernstorff protestiert gegen London. — Beratung der russischen Vorschläge. — Ein türkischer Abrüstungs-entwurf.

Genf, den 17. April.

Die sechste vorbereitende Abrüstungskonferenz hält heute ihre dritte Sitzung ab. Auf der Tagesordnung steht die Beratung der russischen Vorschläge zur Durchführung der Abrüstung in Etappen. Ein neuer Abrüstungsentwurf ist vom türkischen Außenminister vorgelegt worden. Die Einzelheiten dieses Entwurfs sind zur Stunde noch nicht bekannt; die Türken versichern jedoch, durch ihren Entwurf seien „alle Schwierigkeiten“ zu beheben.

In der Debatte über den Arbeitsplan der Kommission, die gestern begann, betonte der Führer der deutschen Delegation, Graf Bernstorff, er stehe in tristem Gegensatz zu den Auffassungen des Präsidenten London. Das Arbeitsprogramm der Kommission, wie es London entworfen habe, sei mit der Entschliessung vom März 1928 unvereinbar. Die so lange verschleppte zweite Lesung des Abrüstungsentwurfs müsse jetzt endlich durchgeführt werden.

Graf Bernstorff erklärte dann noch, er habe volles Verständnis für die Notwendigkeit direkter Verhandlungen zwischen den Regierungen. Aber nach deutscher Auffassung sei die Abrüstungskommission lediglich geschaffen worden, um die allgemeine Abrüstungskonferenz vorzubereiten und deren Einberufung zu ermöglichen. Keinesfalls dürfe die Konferenz von den Verhandlungen der einzelnen Regierungen abhängig gemacht werden. Die Kommission dürfe Genf nicht verlassen, ohne daß für die Beschränkung der effektiven Truppenbestände zur See und zu Lande sowie für die Beschränkung des gesamten Kriegsmaterials eine endgültige Lösung gefunden sei.

Der Führer der deutschen Delegation schloß seine Rede mit der Bitte, Klarheit darüber zu schaffen, ob die Kommission zu ihren Beschlüssen stehe, oder ob sie diese Beschlüsse umwerfen wolle. Geschehe letzteres — und das ist der Fall — dann erleide die Kommission einen Verlust an Ansehen, und das Werk der Abrüstung werde ernsthaft gefährdet.

London berichtigt seine Eröffnungsrede.

Im Hinblick auf die Erklärungen des Grafen Bernstorff sah sich Präsident London gezwungen, seine Erklärungen in der Eröffnungsrede, die zweite Lesung des Konventionstextes werde diesmal nicht stattfinden können, zurückzuziehen und seinem Arbeitsprogramm eine neue Auslegung zu geben, indem er beschwichtigend betonte, die einzelnen Punkte seines Programms bedeuteten „praktisch“ die vom Grafen Bernstorff geforderte zweite Lesung des Konventionstextes.

Gesandter Gibson, der Vertreter der Vereinigten Staaten, teilte die Bedenken Bernstorffs, betonte seine Bereitwilligkeit zu praktischer Arbeit, erklärte sich dann aber mit den Vorschlägen Londons einverstanden. Einen temperamentvollen Vorstoß unternahm der stellvertretende russische Außenminister Litwinow, der die unfruchtbare Arbeit der Abrüstungstechniker scharf kritisierte und darauf hinwies, daß durch die teilweise Einigung zwischen England und Frankreich neue schwere Gegenläufe dieser Mächte zu den Vereinigten Staaten entstanden seien. Der russische Entwurf zeige einen gangbaren Weg; inhaltlich stimmten die russischen Vorschläge mit der Denkschrift der deutschen Regierung weitgehend überein.

Nach der Beratung der russischen Anträge wird sich die Kommission mit den deutschen Forderungen auf die Veröffentlichung der Abstimmungsziffern und mit einem Bericht des Sicherheitsausschusses beschäftigen.

Neuer Zahlenplan erforderlich.

Die eigentliche Konferenz beginnt erst jetzt. — Die Begrenztheit der deutschen Leistungsfähigkeit das Grundthema.

Paris, den 16. April.

Die eigentliche Reparationskonferenz beginnt erst jetzt. Bisher hat man sich nur Vorpostengefächte geliefert und Kampfproben überreicht. Die deutsche Delegation hat dabei eine fast passive Rolle gespielt. Dann kamen die letzten Forderungen. Die deutschen Sachverständigen, zum erstenmal aktiv, erklärten ihr unabänderliches „Unannehmbar“, und da auch keiner der Gläubiger ein Interesse daran hat, die Dinge auf die Spitze zu treiben, einigte man sich in der Vollkonferenz, daß noch niemand etwas Endgültiges gesagt und gefordert habe.

Damit ist den deutschen Sachverständigen die Möglichkeit zu weiteren Erörterungen gegeben. Dr. Schacht hat einige Fragen gestellt, und man hat ihm daraufhin heute eine Liste voller Zahlen überreicht. Sie enthält alles, was die Gläubigerstaaten glauben beanspruchen zu müssen und worauf sie verzichten wollen. Obgleich von deutscher Seite noch keine Gegenrechnung aufgestellt wurde, ist doch bereits klar, daß die sogen-

annten Verzichtleistungen keinesfalls ausreichen und daß sie der deutschen Leistungsfähigkeit überhaupt nicht Rechnung tragen. Zwischen dem, was von Deutschland gefordert wird, und dem was geboten werden kann, ist eine außerordentlich große Spanne.

Bis heute hat die Konferenz arbeiten und diskutieren müssen, um zu dieser Einsicht zu kommen. Aber es scheint, daß diese Einsicht nun da ist; und das ist die einzig gute Wirkung der überschwebenden glücklicherweise bald in der Berentung verschwundenen Forderung. Er herrscht jetzt Klarheit, daß man eine neue Zahlengrundlage suchen muß. Wenn nach dem deutschen Unannehmbar die Verhandlungen in einer ruhigeren Atmosphäre fortgesetzt werden, und sogar nach einem offenkundigen Rückzug der alliierten Gläubiger, die nicht an ihren Ziffern festhalten, dann ist das ein willkommener Fortschritt. Er berechtigt zwar noch keineswegs zu einem Optimismus, denn man rechnet in Paris damit, daß noch langwierige Verhandlungen notwendig sind. Aber man ist endlich bei dem Grundthema angelangt: der Begrenztheit der deutschen Leistungsfähigkeit. Darüber wird man sich in den nächsten Tagen unterhalten.

Eine mißverständliche Rede Severings.

Die Reparationsfrage überhaupt nicht erwähnt. — Eine amtliche Richtigstellung.

Zeitungsmedien zufolge soll Reichsinnenminister Severing in Kiel in einer Rede davon gesprochen haben, eine Ermäßigung der Reparationslasten in Höhe von 500 Millionen Mark würde schon einen Fortschritt darstellen. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist diese Äußerung unrichtig. Reichsinnenminister Severing hat die Reparationsfrage überhaupt nicht berührt, sich vielmehr lediglich mit Fragen der Innenpolitik befaßt und dabei ausgeführt, wenn durch die Fortführung der inneren Ersparnisaktion Ersparnisse von 500 Millionen Mark erzielt werden könnten, würde das den Haushalt entlasten, die Kaufkraft erhöhen und die Volkswirtschaft stärken.

Dr. Rintelen Nachfolger Seipels?

Die Christlich-Soziale Partei Deutsch-Oesterreichs hielt eine Beratung ab, nach der es festzuhalten scheint, daß sie den Bundeshauptmann von Steiermark, Dr. v. Rintelen, als Bundeskanzler in Vorschlag bringen wird. Dr. Rintelen ist wohl auch dem Landbund und den Großdeutschen genehm und würde bei der sozialdemokratischen Opposition auf geringen Widerstand stoßen.

Deutschlands ungünstige Wirtschaftslage.

Das Urteil des Direktors des amerikanischen Handelsamtes.

Der Direktor des amerikanischen Handelsamtes, Julius Klein, der von seiner Europareise nach New York zurückgekehrt ist, bezeichnet in einem Artikel Deutschlands Wirtschaftslage als ausgesprochen ungünstig. England und Frankreich, so meint Klein sehr richtig, seien weit besser daran, überdies käme diesen Mächten bei ihrer Wiederaufbauarbeit der Besitz von Kolonien zugute, deren Kaufkraft sie mit allen Mitteln förderten. Deutschland dagegen leide unter der Streikbewegung, während es ohnehin bereits zwei Millionen Arbeitslose habe.

Politische Rundschau.

Berlin, den 17. April 1929.

Die vor mehreren Wochen vom Reich bei einer Bankengruppe aufgenommenen Kredite in Höhe von 150 Millionen Mark sind am Dienstag aus Steuererträgen zurückgezahlt worden.

Das Kasseler Schöffengericht verurteilte den Defau-Dehr-Gladbach und den Redakteur Schwarz wegen Beschimpfung der Republik zu drei Monaten Gefängnis, unter Strafaussetzung bei Zahlung von 500 Mark.

Der Reichspräsident wieder gesund. Der Reichspräsident ist jetzt gesundheitlich vollkommen wiederhergestellt und nimmt von dieser Woche an wieder die normalen Empfänge und Vorträge entgegen.

Die neue Regierung in Mecklenburg-Strelitz, über die nunmehr eine Einigung erzielt wurde, setzt sich aus Sozialdemokraten, Demokraten, Volksparteilern, Volksrechtspartei, Bauernbund und der Partei Handwerk und Gewerbe zusammen. Den Staatsminister stellen die Sozialdemokraten, die übrigen Parteien sind durch zwei parlamentarische Ministerialdirektoren vertreten.

Das Reichskabinett hielt unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Müller seine erste Sitzung nach der Umbildung ab und erledigte laufende Angelegenheiten. Minister Stegerwald, der erstmals einem Reichskabinett angehört, wurde vereidigt.

Im Strafrechtsausschuß des Reichstags stellte sich der neue Reichsjustizminister v. Guérard vor, der seinem Vorgänger Koch-Weser nachrühmte, daß seine kraftvolle Initiative die Arbeit am Strafrechtsentwurf wesentlich gefördert habe.

Rundschau im Auslande.

In Neval finden deutsch-finnische Verhandlungen über die Entschädigung der in Estland enteigneten deutschen Grundbesitzer statt.

Der Rechtsausschuß des amerikanischen Senats verhandelte am Mittwoch darüber, ob Schatzsekretär Mellon rechtmäßig im Amte ist, oder ob seine Übername von dem früheren Kabinett gegen die geltenden Bestimmungen verstößt.